Inhalt

rt	5
chten	11
turen	14
zungen	15
Einleitung: Ziele der Gesundheitspolitik	17
Problemdimensionen: Das deutsche	
Gesundheitswesen zwischen solidarischer	
Grundsicherung, Kostensteigerungen und	
Qualitätsmängeln	19
Die GKV: Ein problematisches Jahrhundertmodell?	20
Gewinn- statt Nutzenorientierung in der	
Krankenversicherung?	34
Der tägliche Skandal: Ethische Fragen und Schutz vor	
Risiken bei medizinischer Forschung und Anwendung	37
Kostensteigerungen belasten Wirtschaft	
und Versicherte	41
Krankenhäuser als Kostentreiber?	45
im ambulanten Sektor	52
Hohe Preise für unwirksame Medikamente?	60
Kostensteigerungen	65
Zusammenfassung: Trotz guten Notfallschutzes viele	
ungelöste Probleme	66
	Einleitung: Ziele der Gesundheitspolitik Problemdimensionen: Das deutsche Gesundheitswesen zwischen solidarischer Grundsicherung, Kostensteigerungen und Qualitätsmängeln Die GKV: Ein problematisches Jahrhundertmodell? Gewinn- statt Nutzenorientierung in der Krankenversicherung? Der tägliche Skandal: Ethische Fragen und Schutz vor Risiken bei medizinischer Forschung und Anwendung Kostensteigerungen belasten Wirtschaft und Versicherte Krankenhäuser als Kostentreiber? Ärzteschwemme und Kostensteigerungen im ambulanten Sektor Hohe Preise für unwirksame Medikamente? Zwischenfazit: Vielfältige Folgeprobleme der Kostensteigerungen Zusammenfassung: Trotz guten Notfallschutzes viele

3	Analysen der Problemursachen: Politischer Wille mächtiger Akteure oder strukturelle Steuerungshindernisse?	69
3.1	Gesundheitspolitik in den Zwängen kapitalistischer	
	Wirtschaftsstrukturen?	71
3.2	Vetomacht mächtiger Einzelinteressen?	74
3.2.1	Einflußreich, gut organisiert, aber zunehmend	
	in interner Konkurrenz: Ärzte und Zahnärzte	77
3.2.2	Apotheker und pharmazeutische Industrie mit	
_	vielfältigen Interessen	87
3.2.3	Schwache Partner der Bundesländer: Krankenhäuser	91
3.2.4	Wechselnde Bündnisse und Einflüsse:	
	Krankenversicherungen und Tarifparteien	93
3.2.5	,Vergessene' Interessen: Versicherte	
	und Pflegepersonal	100
3.2.6	Verschiedene Ziele: Die Parteien	103
3.2.7	Verantwortlich in der Öffentlichkeit:	
	Die Bundesregierung	111
3.2.8	Bundesländer mit Vetorechten	114
3.2.9	Zwischenfazit: Unterschiedliche Interessen, Leitbilder	
	und Einflußchancen der Akteure	118
3.3	Korporatistische Strukturen: Nutzung verbandlicher	_
	Steuerungskapazitäten oder Blockaden durch	
	Konsenszwänge?	124
3.4	Kooperativer Föderalismus und Gewaltenverflechtung	
	als Problemursache in der Gesundheitspolitik?	130
3.5	Stabile und verflochtene Akteursnetze?	132
3.6	,Sozialdumping in Europa?	136
3.7	Kostendynamik durch Anreizstrukturen?	140
3.8	Autonomes ,Subsystem Krankheit'?	145
3.9	Wandelnde politische Entscheidungsstrukturen	
	als Grundlage steigender Reformfähigkeit?	148
3.10	Zwischenfazit: Wissenschaftliche Erklärungen	•
	spiegeln auch politischen Konflikt wider	151
4	Vorschläge zur Problemlösung und Lektionen	
	aus bisherigen Gesundheitsreformen	155
4.1	A.Ta.	156

4.1.1	Ausbau marktwirtschaftlicher Elemente	157
4.1.2	Stärkung der Selbstverwaltung	160
4.1.3	Staatlicher Gesundheitsdienst statt Sozialversicherung	162
4.2	Einzelvorschläge zur Lösung spezieller Probleme	166
4.2.1	Ausgabendeckelungen	166
4.2.2	Weiterentwicklung	
	der Krankenkassenorganisationsreform	168
4.2.3	Qualitative Neuorientierung	
	des Gesundheitsschutzes	171
4.2.4	Engere Verzahnung der ambulanten	
	und stationären Versorgung	173
4.2.5	Kostenregulierungen im Arzneimittelbereich	176
4.3	Die historische Erfahrung gescheiterter	
	Reformversuche in den 50er und 60er Jahren	177
4.4	Gesundheitspolitik 1969-1973: Leistungsausbau	
	als Modell für wirtschaftliche Boomphasen	185
4.5	Kostendämpfung und erfolglose Bemühungen um	
	Strukturreformen in den späten 70er und 80er Jahren	187
4.6	Exkurs: Das Gesundheitswesen in Ostdeutschland -	
	Verpaßte Chancen oder gelungene Anpassung?	197
4.7	Parteiübergreifender Konsens ermöglicht 1992	
	grundlegende Reformen – Ein Modell für	
	Ausnahmesituationen?	204
4.8	Rückkehr zur Einbindung der Verbände in die	
	Gesundheitspolitik: Stärkung von Selbstverwaltung	
	und Eigenverantwortung 1997	211
4.9	Zwischenfazit: Einzelinteressen prägen viele	
	gesundheitspolitische Maßnahmen	231
5	Ausblick: Gesundheitspolitik zwischen	
	Einzelinteressen und demokratischer Legitimation	235
Literatu	т	239
Periodis	sche Veröffentlichungen	.249
Internet	adressen	249

Übersichten

2-1	Beschäftigte im Gesundheitswesen 1991	20
2.1-1	Ausgaben für Gesundheit	
	nach Ausgabenträgern 1992	21
2.1-2	Vereinfachte schematische Darstellung	
	der Verbände der Krankenkassen	23
2.1-3	Die gesetzliche Krankenversicherung	24
2.1-4	Das System der ambulanten, stationären und	
	Arzneimittelversorgung	25
2.1-5	Bücher des Sozialgesetzbuchs	26
2.1-6	Risikostrukturausgleich	32
2.3-1	Der Aids-Blut-Skandal in der Presse	38
2.4-1	Einnahmen und Ausgaben der GKV sowie	
	durchschnittliche Beitragssätze	43
2.4-2	Prognostizierte Altersstruktur 2000-2030 (in Mio.)	44
2.4-3	Ausgaben der GKV in einzelnen Sektoren	
	(in Mrd. DM)	44
2.4-4	Leistungsausgaben der GKV 1995 und Anteile	
	ausgewählter Bereiche	45
2.4.1-1	Kosten-Struktur im Krankenhaus	48
2.4.1-2	Krankenhäuser steigern Leistung	49
2.4.1-3	Anteil der stationären Ausgaben an den gesamten	
	Gesundheitsausgaben 1990	51
2.4.2-1	Anteil der ambulanten Ausgaben an den gesamten	
	Gesundheitsausgaben 1990	53
2.4.2-2	Durchschnittliche Einkommen niedergelassener	
	Ärzte im Vergleich	54
2.4.2-3	Im Dienst der Gesundheit (Arztzahlen)	56
		1 1

2.4.2-4	and the state of t	
	nach Tätigkeitsbereichen (in %)	. 5
2.4.2-5	Honorarumsatz und Überschuß ie Arzt	
	im Jahresdurchschnitt 1992 bis 1994	. 5
2.4.3-1	Anteil der pharmaz. Ausgaben an den gesamten	
	Gesundheitsausgaben 1990	6
2.4.3-2	Verordnungen und Umsatz auf dem GKV-	
	Fertigungsarzneimittelmarkt	6.
3.1-1	Kostendämpfung im Gesundheitswesen und	
	gesamtwirtschaftliche Lage	73
3.2-1	Mittel und Adressaten des Verbandseinflusses	76
3.2.1-1	Stellungnahme der Leistungserbringer	78
3.2.1-2	Gesundheitspolitische Grundsätze	
	Bundesärztekammer (Auswahl)	82
3.2.1-3	Bundesärztekammer	83
3.2.1-4	Grundsatzprogramm des Freien Verbandes	
	Deutscher Zahnärzte	84
3.2.1-5	Interessenbereich der Bundeszahnärztekammer.	87
3.2.4-1	Positionen von Verbänden zur Gesundheitspolitik	94
3.2.5-1	Gesundheitspolitische Forderungen	-
	des Allgemeinen Patienten-Verbandes	101
3.2.6-1	Allgemeine Positionierung der SPD in der	
_	Gesundheitspolitik	107
3.2.6-2	Positionen der Parteien zur Gesundheitspolitik	108
3.2.7-1	Organisationsplan des Bundesministeriums	
	für Gesundheit	112
3.2.8-1	Kompetenzverteilung nach dem Grundgesetz	116
3.2.8-2	Formaler Gang der Gesetzgebung	117
3.2.9-1	Positionen und Argumente aus der	
	,Eigenverantwortungskoalition'	119
3.2.9-2	Positionen und Argumente aus der Solidarkoalition'	121
3.3-1	Tellnehmer der Konzertierten Aktion	
	im Gesundheitswesen 1996	128
3.5-1	Dimensionen der Netzwerkanalyse	133
3.6-1	Ausgewählte europäische Systeme zur Sicherung	
	des Krankheitsrisikos	136
3.6-2	So funktioniert die EU	138
3.6-3	Mittel und Adressaten des Verbandseinflusses	
	in do- EII	139

3.7-1	Zentrale Begriffe der Gesundheitsökonomie	142
3.7-2	Zusammenhang zwischen Vergütungsform	
	und ärztlichem Handeln	
4.1.2-1	Selbstverwaltung aus Sicht von Befürwortern	161
4.1.3-1	Öffentlicher Ausgabenanteil und Höhe der	
	Gesundheitsausgaben 1991/93	164
4.3-1	Inhalte des ersten Blanckschen	
	Reformentwurfs 1960	177
4.3-2	Grundforderungen des Deutschen Ärztetages	
	vom September 1960	178
4.3-3	Erster Reformversuch von Bundesarbeitsminister	
	Theodor Blanck 1960/61	181
4.3-4	Zweiter Reformversuch von Bundesarbeitsminister	
	Theodor Blanck 1964	183
4.4-1	Wichtige Maßnahmen der Gesundheitspolitik	
	nach 1969	186
4.5-1	Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz	188
4.5-2	Wichtige Maßnahmen der Kostendämpfungspolitik	
	1981-1984	191
4.5-3	Zehn Grundsätze des Bundesarbeitsministers	193
4.5-4	Gesundheitsreformgesetz (GRG)	194
4.6-1	Vergleich der Indikatoren des Gesundheitssystems	
	BRD-DDR 1989	198
4.6-2	Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung	
	(alte Bundesländer)	199
4.6-3	Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung	
	(neue Bundesländer)	199
4.7-1	Gesundheitsstrukturgesetz 1992	206
4.8-1	Auftrag zum Sondergutachten des SVRKAiG	
	vom 14. Januar 1993	212
4.8-2	Abwahl von Leistungen, bis auf einen Kern von	
	Pflichtleistungen	215
4.8-3	Koalitionsvereinbarung 1994 (Ausschnitt)	218
4.8-4	Dritte Stufe der Gesundheitsreform 1996/97	223
4.8-5	Die geplanten neuen Zuzahlungen (Beispiel)	226
4.8-6	Zentrale Inhalte der Gesundheitsreform 1996	227
4.8-7	Geplante Inhalte der Gesundheitsreform 1997	229
	1	

Karikaturen

2.4.1-1	Kostenexplosion im stationären Sektor	46
2.4.2-1	Arzte als reiche Demonstranten	55
2.4.3-1	Einsparungen bei Arzneimitteln.	64
3.2.7-1	Einseitigkeit von Expertenvorschlägen	113
4.8-1	Selbstbeteiligungen	221